

Antrag MIG-01: Wir verteidigen Flüchtlingsschutz als Menschenrecht

Antragsteller*in:	AWO Präsidium
Status:	angenommen
Sachgebiet:	MIG - Migration & Integration

- 1 Der AWO-Bundesverband setzt sich in seinen Netzwerken für eine menschenrechts-
- 2 konforme Flüchtlingspolitik ein. Er behandelt aktuelle Themen und positioniert sich
- 3 öffentlich und gegenüber der Politik zu aktuellen Gesetzgebungsverfahren sowie u.a.
- 4 zum Familiennachzug zu subsidiär Schutzbedürftigen, für bedarfsgerechte Leistungen
- 5 für Schutzsuchende, zu menschenwürdiger Unterbringung, für ein faires Asylverfahren
- 6 und für eine behördenunabhängige Asylverfahrensberatung.
- 7 Der AWO-Bundesverband und die AWO-Gliederungen treten in einen regelmäßigen
- 8 Informationsaustausch, um eine starke Lobbyarbeit machen zu können. Insbesondere die
- 9 Informationen der AWO-Gliederungen zu der Umsetzung und der Anwendung des neuen
- 10 Asylsystems (GEAS) in den einzelnen Bundesländern ist wichtig, um eine gemeinsame und
- 11 wirksame Positionierung der AWO sicherzustellen.

Begründung

Angeht des neuen Koalitionsvertrags, der eine faktische Beendigung der Flüchtlingsaufnahme in Deutschland vorsieht, ist es umso dringlicher, sich für die Wahrung menschenrechtlicher Standards und den Schutz geflüchteter Menschen stark zu machen. Die AWO setzt sich konsequent für die Rechte von Schutzsuchenden ein und fordert, dass ihnen der Zugang zu einem fairen und funktionierenden Asylsystem in Deutschland uneingeschränkt offensteht. Wir bestehen darauf, dass die Genfer Flüchtlingskonvention, die europäische Charta der Grundrechte und die Europäische Menschenrechtskonvention in vollem Umfang von allen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren eingehalten werden. Pushbacks und Zurückweisungen an den deutschen Binnengrenzen und europäischen Außengrenzen sind inakzeptabel – wir erwarten, dass politische Entscheidungen solche Praktiken weder tragen noch fördern und demzufolge Behörden diese nicht umsetzen (müssen).

Die AWO begleitet die Umsetzung und Einhaltung der Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) in Bundes- und Landesrecht kritisch und konstruktiv. Wir setzen uns für einen gerechten Solidaritätsmechanismus ein, der alle Mitgliedstaaten in die Verantwortung nimmt. Die frühzeitige und wirksame Identifizierung besonders schutzbedürftiger Personen (Vulnerabilitätsprüfung) muss sichergestellt werden. Zudem fordern wir einen umfassend ausgestatteten und finanzierten Monitoring-Mechanismus, um die Einhaltung menschenrechtlicher Standards zu gewährleisten.

Wir kämpfen für faire und effektive Asylverfahren mit garantiertem Zugang zu wirksamen Rechtsmitteln, wie sie in einem Rechtsstaat vorgesehen sind. Ein zentraler Bestandteil dessen ist eine behördenunabhängige Asylverfahrensberatung, die von Wohlfahrtsverbänden und weiteren gemeinnützigen Trägern übernommen wird. Diese Beratung muss flächendeckend, bedarfsgerecht und qualitätsgesichert gewährleistet sein – dafür braucht es eine kostendeckende, öffentliche Finanzierung.

Die Bedingungen in Aufnahmezentren müssen menschenwürdig sein – Massenlager und zentrale Großunterkünfte lehnen wir entschieden ab und setzen uns für dezentrale Unterkünfte ein. Ebenso treten wir gegen jegliche Form der Inhaftierung oder Einschränkung der Bewegungsfreiheit während des Asylverfahrens ein.

Die AWO setzt sich dafür ein, dass Schutzsuchende so schnell wie möglich und diskriminierungsfrei ihre bedarfsgerechten Leistungen erhalten, in dem sie in die Regelleistungssysteme integriert werden.